

06.06.2016

Aktuelle Stunde

auf Antrag
der Fraktion der PIRATEN

Grundschulen „Stiefkinder“ der Bildungspolitik in NRW – Unterrichtsbedingungen in den Grundschulen müssen verbessert werden!

Am Mittwoch, den 01.06.2016 hat der Verband Bildung und Erziehung (VBE) in der Landespresskonferenz die Ergebnisse der Umfrage „Grundschulen 2015/2016. Was läuft, und was läuft nicht? Eine landesweite Umfrage zur Situationsbestimmung der Grundschulen in Nordrhein-Westfalen“ vorgestellt. Die Ergebnisse der Umfrage stützen sich auf die Angaben von 1245 Grundschulen in NRW, was einem Anteil von 44,5 Prozent aller öffentlichen Grundschulen im Land entspricht. Zur Einschätzung der Gesamtsituation ihrer Schule durch die befragten Schulleitung ergibt die Umfrage, dass diese von lediglich einem Prozent als sehr gut, von 42 Prozent als insgesamt gut, als weniger gut von 41 Prozent und von 16 Prozent als „es kann nur besser werden“ bewertet wird.

Als wesentliche Ergebnisse der Umfrage hat der VBE folgende Problemfelder dargelegt:

Die Klassen sind oftmals zu groß. Im Durchschnitt werden in einer Grundschulklasse 24,3 Kinder unterrichtet. Durchschnittlich 4,75 Klassen der Grundschule zählen mehr als 24 Schülerinnen und Schülern. Dies ist gut die Hälfte aller Grundschulklassen der Schulen, die an der Umfrage teilgenommen haben.

Die für die Schülerinnen und Schüler notwendige individuelle Förderung kann nicht im erforderlichen Maße erfolgen. So geben 69 Prozent der Grundschulen an, dass es ihnen immer schwerer falle, ausreichend Förderunterricht anzubieten.

Zudem melden der überwiegende Teil der Grundschulen gravierende Mängel beim gemeinsamen Lernen von Kindern mit und ohne Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung (inklusive Unterricht). Hierfür fehlt oftmals die Unterstützung durch Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen. Auch die vermehrt erforderliche Sprachförderung angesichts von Migration kann von der Mehrheit der Grundschulen nicht mehr im früher üblichen Rahmen durchgeführt werden.

Datum des Originals: 06.06.2016/Ausgegeben: 06.06.2016

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Die vorgesehene Personalausstattung wird an vielen Grundschulen nicht erreicht. Dies betrifft mehr als jede dritte Grundschule (37,95 Prozent). Diese Schulen haben weniger Lehrkräfte, als ihnen nach dem von der Landesregierung festgelegten Personalschlüssel zustehen. Der VBE bezeichnet dies als Mangelverwaltung bei der Unterrichtsversorgung.

Die Personaldecke ist an der überwiegenden Mehrzahl der Grundschulen zu dünn. Zwei Drittel der Grundschulen (62,65 Prozent) melden, dass sie zur Vermeidung von kurzfristigem Unterrichtsausfall keine personelle Reserve haben.

Die Vertretungsreserve erreicht nur ein Zehntel der Grundschulen. Über 90 Prozent der Grundschulen hingegen berichten, dass sie zur Vermeidung von kurzfristigem Unterrichtsausfall nicht auf eine Lehrkraft aus dem Vertretungspool zurückgreifen können.

Es bestehen vielfach Probleme bei der Stellenbesetzung. Über die Hälfte der Grundschulen (53,7 Prozent) geben an, Lehrkräfte mit befristeten Verträgen zu beschäftigen. Laut VBE sei es nicht möglich gewesen, die unbefristeten Stellen im letzten Verfahren alle zu besetzen. Dadurch seien an den betroffenen Schulen Lücken in der Lehrerstellenversorgung entstanden.

Den Kollegien stehen zu wenig Anrechnungsstunden für nicht-unterrichtliche Aufgaben zur Verfügung. Die überwiegende Mehrheit der Grundschulen (87,64%) hat angegeben, dass ihre Lehrkräfte für zusätzliche Aufgaben (Lehrerrat, AfG, Steuergruppe, Sicherheitsbeauftragte/r, etc.) nicht angemessen entlastet werden können.

Schulleitungsstellen sind an einem Drittel der Grundschulen (34 Prozent) nicht besetzt. Hiervon entfallen 30 Prozent auf die Stelle der Rektorin oder des Rektors; an 70 Prozent der Grundschulen fehlt die Konrektorin oder der Konrektor.

Vielen Grundschulen fehlt Unterstützung bei ihren Verwaltungsaufgaben. Über die Hälfte der Grundschulen verfügt nur an wenigen Tagen in der Woche über Sekretärinnen-Stunden. Die Folge ist, dass viel Verwaltungsarbeit von den Schulleitungen bearbeitet werden muss. Diese Situation mache die Funktion der Schulleitung unattraktiv und sei nicht hilfreich wenn es darum geht, offenen Schulleitungsstellen zu besetzen, so der VBE.

Nur 40 Prozent der Grundschulen geben an, über eine gut räumliche Ausstattung (ausreichend Fachräume, Mobiliar und Klassenräume) zu verfügen. Ihre Ausstattung mit Medien (PC und Laptops für Lehrkräfte, Beamer, elektronische Tafeln, Tablets und Lernsoftware) bezeichnen lediglich 24 Prozent der Grundschulen als zeitgemäß. Immerhin 48 Prozent geben an, dass sie hier gut ausgestattet Lehrmitteln sind. Jedoch geht aus den Anmerkungen der Befragten hervor, dass die Grundschulen hierbei ihre recht gute Ausstattung oftmals ihren Fördervereinen verdanken.

Die Ergebnisse der Umfrage lassen erkennen, dass die in personelle, sächliche und räumliche Ausstattung an nordrhein-westfälischen Grundschulen oftmals als unzureichend erlebt wird. Die Lehrerinnen und Lehrer dieser Schulen bemühen sich mit hohem persönlichem Einsatz, ihren Schülerinnen und Schülern auch angesichts unzureichender Rahmenbedingungen einen guten Start in ihre Schullaufbahn zu ermöglichen. Die Kolleginnen und Kollegen gehen dabei an ihre Belastungsgrenzen und darüber hinaus. Es erscheint fraglich, ob in dieser Situation gewährleistet werden kann, dass die Grundschulen ihren elementar wichtigen Aufgaben und den großen Herausforderungen, im Zusammenhang mit dem Ausbau der schulischen Inklusion, der Integration durch Bildung, sowie der steigenden Bedeutung umfassender Bildung im Zuge der digitalen Revolution, im notwendigen Maße gerecht werden können.

Vor diesem Hintergrund muss sich der Landtag im Rahmen einer Aktuellen Stunde mit der Situation der Grundschulen in Nordrhein-Westfalen befassen.

Michele Marsching
Marc Olejak
Monika Pieper

und Fraktion